

Nun sollen auch andere zu Wort kommen

UMWELT Konferenz zum Biosphärenreservat geplant – Reinhard Samusch neuer Radverkehrsbeauftragter

Zudem gibt der Verwaltungsausschuss 3000-Euro-Zuschuss für eine Klage gegen geplante Müllverbrennungsanlage frei.

NORDEN/LIS – Ein neuer Radverkehrsbeauftragter, Geld für die Klage der Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland und ein breiterer öffentlicher Diskurs beim Thema Beitritt zur Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer – die Entscheidungen des Verwaltungsausschusses (VA) in dieser Woche dürften so manchen Bürger zufrieden stimmen. Gerade bei letztem Punkt war in dieser Woche die Kritik laut geworden, dass bestimmte Verbände und Gruppen ungehört bleiben.

Kritik an Vorgehen

Die Stadt hatte am Montag Unternehmen zu einer Onlinekonferenz eingeladen, um diese über das Thema Biosphärenreservat zu informieren. Die Konferenz wurde letztlich auf den 18. März verschoben, doch zuvor hatten Vertreter verschiedener Umweltgruppen versucht, sich ebenfalls zu registrieren. So auch Imkervereinsvorsitzender Thorsten de Buhr aus Hage, der daraufhin den Anruf erhielt, welches Unternehmen er vertrete. „Sicherlich spreche ich für kein Unternehmen, jedoch für einen örtlichen Verein mit langer Geschichte und der Selbstverpflichtung zum Naturschutz“, berichtete er dem KURIER. Letztlich sei er nicht zugelassen worden, kritisierte de Buhr gegenüber unserer Zeitung. Und er blieb damit nicht allein: „Bisher haben Sie nur bestimmten Personen die Chance einer Anhörung eingeräumt, die wirtschaftliche Einzelinteressen vertreten“, beklagte sich Grünen-Sprecher Walter Zuber in einem Schreiben an Bürgermeister Heiko Schmelzle.

Diese Kritik blieb nicht un-



Finanzielle Unterstützung: 3000 Euro gibt die Stadt Norden für eine Klage der BI Saubere Luft Ostfriesland gegen eine Müllverbrennungsanlage in Delfzijl.



Übernimmt künftig die Aufgabe des ehrenamtlicher Radverkehrsbeauftragter für die Stadt Norden: der 66-jährige Reinhard Samusch.

gehört: Schmelzle nahm sie mit in den VA, wo sich die Politik dafür aussprach, das Thema am kommenden Dienstag von der Tagesordnung des Rates zu streichen und dafür eine Sondersitzung des Um-

weltausschusses anzusetzen. „Dort soll es noch einmal öffentlich behandelt werden“, sagte Schmelzle gestern im KURIER-Gespräch. Zuvor sei zudem eine digitale Konferenz mit Verbänden und Inte-

ressierten geplant. Das Ziel: „Wir wollen darauf hinarbeiten, dass in der Ratssitzung am 8. Juni eine abschließende Entscheidung fallen kann“, sagte Schmelzle gestern.

Beauftragten gefunden

Eine Entscheidung ist unterdessen in Sachen Radverkehrsbeauftragter gefallen. Nach dem Tod von Wolfgang Hellriegel im vergangenen August war die ehrenamtliche Stelle mehrere Monate vakant. Nun wird sie mit dem 66-jährigen Reinhard Samusch neu besetzt. Der ehemalige Oberstudiendirektor der Conerus-Schule (BBS) hatte zuletzt die schnellen Einzelmaßnahmen für den Radverkehr, die auf Antrag der Grünen in diesen Tagen umgesetzt werden, ebenso begrüßt wie die Forderung nach einem Radverkehrsplan, in den seiner Einschätzung nach auch die Ideen der städtischen Klimagruppe einfließen sollten. Samusch ist, wie Vorgänger Hellriegel auch, Mitglied im Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) – und mit der neuen Aufgabe nicht ganz allein. Als Stellvertreter steht ihm der 63-jährige ehemalige Polizeibeamte Knut Richter aus Norden zur Seite.

Daneben gaben die Ausschussmitglieder grünes Licht für die Auszahlung von 3000 Euro, mit denen die Bürgerinitiative (BI) Saubere Luft Ostfriesland bei ihrer Klage gegen eine Müllverbrennungsanlage in Delfzijl unterstützt werden soll. Die Sprecherin der 200 Mitglieder starken BI, Sandra Koch, ist zwar dankbar für die finanzielle Unterstützung, dennoch sieht sie die Gemeinden und Städte auch selbst in der Pflicht. In den benachbarten Niederlanden auf der anderen Ems-Seite ist in den vergangenen Jahren eine Müllverbrennungsanlage mit drei Linien entstanden – und mit der Begründung einer coronabedingten Systemrelevanz weiterhin in Betrieb, obwohl durch ein entsprechendes Urteil die Genehmigung dafür erloschen ist. „Wir leben hier eigentlich auf dem Land, aber die Emissionen entsprechen denen einer Millionenstadt“, bemängelte Koch. Etwas dagegen zu unternehmen, müsse auch im Interesse der Kommunen sein.

„Es ist toll, dass uns die Politik unterstützt. Sie kann sich aber mit je 3000 Euro nicht der Tatsache entziehen, dass sie auch selbst aktiv werden muss“, forderte sie Politik und Verwaltungen auf, sich in den Küstenorten zusammenzuschließen und mit breiter Front gegen die Entwicklungen unweit des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer vorzugehen. Etwas, dass die Stadt Norden – die im Übrigen auch die erste Kommune war, die eine finanzielle Zuzahlung mit dem Haushalt beschlossen hatte – bereits aufgegriffen hat. Die Stadt soll nach einem entsprechenden Beschluss des VA den Landkreis Aurich dazu auffordern, künftig intensiver gegen die Kontaminierung der Luft vorzugehen. Denn bislang wachsen die Industrieanlagen ungehindert weiter. Die BI fürchtet gar, dass schon bald eine vierte Linie mit einer Klärschlammverbrennungsanlage in Betrieb gehen könnte.